VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 6 | 4. bis 17. März 2019

INHALT:

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
Finanzdienstleistungen
Gesundheit / Ernährung
Telekommunikation / Medien / Internet
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind

Der Rat verabschiedete am 5. März 2019, nach Zustimmung des EU-Parlaments, die Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind. Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung sieht vor, dass eine Ware, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht wurde, in einem anderen Mitgliedstaat nicht verboten werden darf, sofern dieser andere Mitgliedstaat keine triftigen Gründe vorbringen kann. Die gegenseitige Anerkennung betrifft eine Vielzahl von Verbrauchsgütern, Dazu gehören Textilien, Schuhe, Babyartikel, Schmuck, Geschirr und Möbel.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-70-2018-INIT/de/pdf>

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. EU-Kommission beschließt neue Energieeffizienzkenzeichnung von Haushaltsgeräten

Die EU-Kommission hat am 11. März 2019 eine neue Energieeffizienzzeichnungen für Elektrogeräte beschlossen. Damit auch in der Spitzenklasse noch effizientere Geräte hergestellt werden, wird ab 2021 statt der Skala von A+++ bis G eine Skala von A bis G verwendet. Auf der neuen Skala wäre ein Gerät der heutigen Klasse A+++ beispielsweise in Klasse B eingestuft, damit nach oben wieder Raum für mehr Effizienz besteht.

Nach der heutigen Annahme der delegierten Rechtsakte zur Regelung der neuen Labels durch die EU-Kommission können das EU-Parlament und der EU-Ministerrat zwei Monate lang Einwände vorbringen. Gehen keine Einwände ein, werden die Texte nach diesem Zeitraum im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Die neuen Labels werden ab dem 1. März 2021 in ganz Europa in Geschäften und im Internet zu sehen sein.

Außerdem plant die Kommission, Anfang Juli 2019 elf Ökodesign-Verordnungen zu verabschieden, darunter sechs Produktgruppen mit den neu skalierten bzw. neuen Labels (Geschirrspüler, Waschmaschinen und Wäschetrockner, Kühlgeräte, Lampen, elektronische Displays und gewerbliche Kühlschränke) und fünf weitere Produktgruppen, die kein Label erhalten (Elektromotoren, externe Netzteile, Transformatoren, Server und Datenspeicherprodukte sowie Schweißgeräte).

https://ec.europa.eu/germany/news/energieeffizienzkenzeichnung20190311_de

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-19-1596_de.htm

2. Standpunkt des EU-Ministerrats zur Kennzeichnung der Energieeffizienz und der Sicherheit von Reifen

Der EU-Ministerrat legte am 4. März 2019 seinen Standpunkt zum Vorschlag für eine Verordnung über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz, Sicherheit und Geräuscharmheit fest. In der Verhandlungsposition des Rates wird der Anwendungsbereich des geltenden Rechtsrahmens präzisiert und ausgeweitet. Es ist vorgesehen, die Aufnahme von Informationen über die Reifenhaftung bei Schnee und Eis vorzuschreiben.

Durch die neuen Anforderungen an die Sichtbarkeit der Kennzeichnung, auch beim Fern- und Onlineverkauf, soll sichergestellt werden, dass die Kunden bei ihrer Kaufentscheidung umfassend informiert sind. Im Standpunkt des Rates ist zudem die Möglichkeit vorgesehen, künftig auch runderneuerte Reifen einzubeziehen, sobald eine geeignete Prüfmethode zur Messung der Leistung dieser Reifen entwickelt wurde. Einer Überprüfungsklausel zufolge können künftig auch die Laufleistung und der Abrieb als Parameter in die Kennzeichnung aufgenommen werden, wenn geeignete Prüfmethoden zur Verfügung stehen.

Sobald das EU-Parlament seinen Standpunkt zu diesem Dossier festgelegt hat, können die interinstitutionellen Verhandlungen aufgenommen werden. Damit ist jedoch nicht vor dem Herbst zu rechnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/03/04/cleaner-safer-quieter-tyres-labels-to-become-more-visible-for-consumers/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6695-2019-INIT/de/pdf>

3. EU-Kommission beanstandet fehlende Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in Deutschland

Die EU-Kommission hat am 7. März 2019 Deutschland nachdrücklich aufgefordert, die europäischen Vorschriften über die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe vollständig umzusetzen. Diese Vorschriften, die unter anderem harmonisierte Normen für die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe enthalten sowie grundlegende Bestimmungen, die die Elektromobilität ermöglichen sollen, spielen eine wichtige Rolle für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes. Außerdem stellten sie darauf ab, die Abhängigkeit des Verkehrs vom Erdöl zu verringern und die Umweltbelastung durch den Verkehr zu begrenzen. Deutschland muss nun binnen zwei Monaten darauf reagieren; andernfalls kann die EU-Kommission den Fall an den Gerichtshof der Europäischen Union verweisen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190307-vertragsverletzungsverfahren-deutschland_de

4. EU-Ministerrat für Aufklärungskampagnen für Passagierrechte

Der EU-Ministerrat nahm am 4. März 2019 Stellung zum Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs mit dem Titel „Die Fahr- und Fluggastrechte der EU sind umfassend, ihre Durchsetzung ist für die Reisenden jedoch nach wie vor schwierig“. Der EU-Ministerrat stellt fest, dass die EU-Kommission in dem Sonderbericht aufgefordert wird, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Fahr- und Fluggäste besser über ihre Rechte aufgeklärt werden. Passagierrechte könnten wirksamer angewandt werden, wenn sich alle Beteiligten ihrer jeweiligen Rechte und Pflichten bewusst sind. Es sei daher notwendig, weitere Aufklärungskampagnen zu diesem Thema durchzuführen. Der EU-Ministerrat würdigt im Übrigen die Arbeit des Europäischen Rechnungshofes als relevanten Beitrag zu den laufenden Gesetzgebungsberatungen zu den Vorschlägen zu Fluggastrechten und zu den Rechten von Fahrgästen im Eisenbahnverkehr.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6485-2019-INIT/de/pdf>

5. Studien zur Toxizität des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat müssen offengelegt werden

Das Gericht der Europäischen Union entschied am 7. März 2019, dass die Entscheidungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), mit denen der Zugang zu Studien über die Toxizität und die krebserregende Wirkung des Wirkstoffs Glyphosat verweigert wurde, nichtig sind. Das Interesse der Öffentlichkeit am Zugang zu Informationen über Emissionen in die Umwelt bestehe gerade darin, nicht nur zu wissen, was in die Umwelt freigesetzt oder absehbar freigesetzt werden wird, sondern auch zu verstehen, in welcher Weise die Umwelt durch die fraglichen Emissionen beeinträchtigt werden kann. Gegen die Entscheidung des Gerichts kann innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Zustellung ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-03/cp190025de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-716/14>

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-329/17>

6. EU-Kommission registriert Europäische Bürgerinitiative „Housing for All“

Die EU-Kommission hat am 12. März 2019 eine Europäische Bürgerinitiative registriert, die darauf ausgerichtet ist, „bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen“. Die Organisatoren fordern die EU-Kommission auf, Folgendes zu gewährleisten: „Erleichterung des Zugangs für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau, keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in leistbaren Wohnbau, besserer Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger, soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen sowie die statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa.“ Wenn die Registrierung am 18. März 2019 wirksam geworden ist, haben die Organisatoren der Initiative ein Jahr Zeit, um Unterschriften zur Unterstützung ihres Vorschlags zu sammeln.

Sollte die Initiative binnen eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhalten, muss die EU-Kommission innerhalb von drei Monaten reagieren. Sie kann dann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190312-europaeische-buergerinitiative-kommission-registriert-housing-all_de

7. EU- Kommission unterbreitet „Strategischen Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt“

Die EU-Kommission hat am 11. März 2019 einen „Strategischen Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt“ vorgelegt. Darin werden sechs Handlungsfelder herausgestellt, in denen Verbesserungspotential besteht. Gegenstand sind sowohl Human- als auch Tierarzneimittel. Die sechs Handlungsfelder decken alle Lebenszyklusabschnitte von Arzneimitteln ab, von der Entwicklung und Herstellung bis hin zur Entsorgung und Abfallwirtschaft. Sie beinhalten Maßnahmen, mit denen die Aufklärung verbessert und eine umsichtige Anwendung gefördert werden soll.

https://ec.europa.eu/germany/news/arsneimittel20190311_de

8. Europäischer Gerichtshof: Fahrschulunterricht ist kein von der Mehrwertsteuer befreiter Schulunterricht

Der Europäische Gerichtshof entschied am 14. März in einem Fall aus Deutschland, dass Fahrschulunterricht kein von der Mehrwertsteuer befreiter Schulunterricht ist. Konkret geht es um Unterricht im Hinblick auf den Erwerb der Fahrerlaubnisse für Kraftfahrzeuge der Klassen B und C11, also für Kraftwagen, die zur Beförderung von Personen ausgelegt und gebaut sind und deren zulässige Gesamtmasse 3,5 bzw. 7,5 Tonnen nicht überschreitet.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2019-03/cp190031de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=211711&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5019239>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank verschiebt Zinswende

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 7. März 2019 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins von 0,40 Prozent belegt. Die EZB-Leitzinsen sollen frühestens im Jahr 2020 angehoben werden. Bisher war der Herbst 2019 in der Diskussion. Fällig werdende Staatsanleihen und andere Titel im Besitz der EZB werden noch längere Zeit nach Beginn der Erhöhung der Leitzinsen wieder angelegt. Durch die Wiederranlage fälliger Anleihen werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt. Von September 2019 bis März 2021 können die Banken zweijährige Refinanzierungsgeschäfte zum Satz des Leitzinses tätigen. Hierdurch soll die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen gefördert werden.-

<https://www.bundesbank.de/resource/blob/781388/cd185469d09f310a168a392d73f65d78/mL/2019-03-07-beschluesse-download.pdf>

2. EU-Parlament und EU-Ministerrat einigen sich über neue Offenlegungspflichten in Bezug auf nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken.

Die Unterhändler von EU-Parlament und EU-Ministerrat erzielten am 7. März 2019 eine politische Einigung über neue Offenlegungspflichten in Bezug auf nachhaltige Investitionen und Nachhaltigkeitsrisiken. Durch die neuen Regelungen werden die Vorschriften für die Offenlegung der Informationen, die Hersteller von Finanzprodukten und Finanzberater für Verbraucher bereitstellen, verschärft. In der neuen Verordnung wird festgelegt, in welcher Form Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater Risiken und Chancen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance (ESG-Faktoren) berücksichtigen müssen. Die Verordnung schreibt auch vor, dass negative ESG-Auswirkungen – z. B. von Anlagen, die zur Verschmutzung von Gewässern oder zur Zerstörung der biologischen Vielfalt führen, – offengelegt werden müssen, um die Nachhaltigkeit der Investitionen zu gewährleisten. Die neue Verordnung beruht auf drei Säulen:

- Unterbindung von „Grünfärberei“, d. h. von unbelegten oder irreführenden Behauptungen über Merkmale und Vorteile eines Anlageprodukts in Bezug auf Nachhaltigkeit, und stärkere Sensibilisierung der Märkte für Nachhaltigkeitsfragen.
- Neutralität der Regulierung: Einführung eines Instrumentariums für die Offenlegung von Informationen, das die Finanzmarktakteure in gleicher Weise anwenden müssen. Die drei Europäischen Aufsichtsbehörden (ESA), und insbesondere der Gemeinsame Ausschuss der Aufsichtsbehörden, werden die Konvergenz und die Harmonisierung der Offenlegungen in allen betroffenen Branchen weiter vorantreiben.
- Gleiche Ausgangsbedingungen: Die Verordnung deckt folgende Finanzdienstleistungsbranchen ab: (i) Investmentfonds, (ii) Versicherungsanlageprodukte (Lebensversicherungsprodukte mit Anlagekomponente, die als Einzel- oder Gruppenlebensversicherungspolicen angeboten werden), (iii) private und betriebliche Altersversorgung, (iv) individuelle Portfolioverwaltung sowie (v) Versicherungs- und Anlageberatung.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1571_de.htm

3. Expertengruppe der EU-Kommission bittet um Meinungen zu EU-Standard für „grüne“ Anleihen

Die von der Kommission im Juli 2018 eingesetzte Technische Expertengruppe für nachhaltige Finanzierungen bittet um Rückmeldung zu ihren Empfehlungen für einen neuen Standard für grüne Anleihen. Im Rahmen des Aktionsplans der Kommission zur Finanzierung eines nachhaltigen Wachstums hat die Expertengruppe am 6. März 2019 ihren vorläufigen Entwurf veröffentlicht, wie ein solcher EU-Standard für grüne Anleihen (EU Green Bonds) aussehen könnte. Ziel ist es, erhebliche Investitionen für Klima- und Umweltschutz zu mobilisieren, indem ein freiwilliges EU-Kennzeichen entwickelt wird. Interessengruppen können bis zum 3. April 2019 auf einen gezielten Fragebogen antworten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190306-nachhaltige-finanzen_de

https://ec.europa.eu/info/publications/190306-sustainable-finance-interim-teg-report-green-bond-standard_en#feedback

4. Niedrigere Gebühren für grenzüberschreitende Zahlungen in Euro außerhalb des Euroraums

Der EU-Ministerrat verabschiedete am 4. März 2019, nach Zustimmung des EU-Parlaments, die Verordnung über die Ausweitung des Eurozahlungsraums (Single Euro Payments Area, SEPA) auf die nicht der Eurozone angehörigen Länder der Europäischen Union. Zahlungsdienstleister in diesen Ländern berechnen in Zukunft bei grenzüberschreitenden Zahlungen in Euro dieselben Gebühren wie bei Inlandszahlungen in ihrer Währung. Verbraucher müssen vor Auslösung des Zahlungsvorgangs über die Entgelte für die Währungsumrechnung informiert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2019/03/04/>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190207IPR25223/eu-cross-border-payments-outside-eurozone-meps-scrap-excessive-fees>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2019-0124+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. EU-Kommission rügt Festpreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel in Deutschland

Die EU-Kommission hat am 7. März 2019 beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland zu richten, weil die Festpreise für verschreibungspflichtige Arzneimittel sich negativ auf den Verkauf von Produkten durch in anderen Mitgliedstaaten ansässige Apotheken auswirkten. Das System fester Preise nach den deutschen Rechtsvorschriften (Arzneimittelgesetz)

schränke die Möglichkeiten der Apotheken ein, Preisnachlässe zu gewähren, und beeinträchtige daher den Handel zwischen den EU-Ländern. In einem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union in der Rechtssache Deutsche Parkinson-Vereinigung vom 19. Oktober 2016 sei die Einschätzung der EU-Kommission bestätigt worden. Deutschland hat jetzt zwei Monate Zeit, um Abhilfe zu schaffen; andernfalls kann die EU-Kommission beim Gerichtshof der Europäischen Union Klage einreichen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190307-vertragsverletzungsverfahren-deutschland_de

2. Neue Regeln zur Bekämpfung des unfairen Handels mit Lebensmitteln

Das EU-Parlament billigte am 12. März 2019 neue EU-Vorschriften zum Schutz der Landwirte vor unlauteren Handelspraktiken von Käufern wie Supermarktketten. Die neuen Vorschriften führen eine schwarze Liste verbotener unlauterer Handelspraktiken ein, wie zum Beispiel verspätete Zahlungen für gelieferte Produkte, späte einseitige Stornierungen oder rückwirkende Auftragsänderungen, die Weigerung des Käufers, einen schriftlichen Vertrag mit einem Lieferanten abzuschließen, und den Missbrauch vertraulicher Informationen. Auch Vergeltungsmaßnahmen kommerzieller Art, oder deren Androhung, gegen Lieferanten, wie z.B. die Herausnahme von Produkten aus dem Sortiment oder Zahlungsverzögerungen, um sie für die Einreichung von Beschwerden zu bestrafen, werden künftig verboten sein.

Die Richtlinie muss noch vom EU-Ministerrat förmlich verabschiedet werden. Die EU-Staaten haben dann 24 Monate Zeit, um sie in nationales Recht umzusetzen. Neue Vorschriften sollten 30 Monate nach Inkrafttreten angewandt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190307IPR30742/vom-bauernhof-zum-supermarkt-neue-regeln-zur-bekampfung-des-unfairen-handels>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2019-0152+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1651_de.htm

3. Standpunkt des EU-Ministerrats zur Überarbeitung der Trinkwasser-richtlinie

Der EU-Ministerrat hat am 5. März 2019 seinen Standpunkt („Allgemeine Ausrichtung“) zum Vorschlag für eine Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie festgelegt. Mit den vorgeschlagenen neuen Regeln werden die Qualitätsstandards für Trinkwasser auf den neuesten Stand gebracht und ein kosteneffektiver, risi-

kobasierter Ansatz bei der Überwachung der Wasserqualität eingeführt. Außerdem werden damit neue Bestimmungen über Materialien, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, wie etwa Leitungsrohre vorgegeben. Ferner sollen Vorkehrungen für einen verbesserten Zugang zu Trinkwasser getroffen werden. Die Mitgliedstaaten werden außerdem sicherstellen müssen, dass die Verbraucher sich über die Eigenschaften ihres Trinkwassers informieren können.

Das EU-Parlament legt voraussichtlich in der Woche vom 25. März 2019 seinen Standpunkt fest. Die interinstitutionellen Verhandlungen werden wahrscheinlich im zweiten Halbjahr 2019 stattfinden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/03/05/safe-and-clean-drinking-water-eu-updates-quality-standards/>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6876-2019-REV-1/de/pdf>

4. Verbot von gefährlichen Stoffen in Kosmetika

Der EU-Ministerrat erhob am 12. März 2019 keine Einwände gegen zwei Verordnungen der EU-Kommission zur Änderung von Anhängen der Verordnung über kosmetische Mittel. Danach soll der Stoff 2-Chloro-p-Phenylenediamine, auch seine Sulfat- und Dihydrochloridsalze, für das Färben von Augenbrauen und Wimpern verboten werden. Außerdem werden karzinogene, mutagene und reproduktionstoxische Stoffe verboten. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen in Kraft setzen, wenn auch das EU-Parlament keine Einwände erhebt.

<https://www.consilium.europa.eu/media/38463/st07368-en19.pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5586-2019-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5586-2019-ADD-1/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5546-2019-INIT/de/pdf>

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5546-2019-ADD-1/de/pdf+>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. EU-Parlament billigt Rechtsakt zur Cybersicherheit – Warnung vor IT-Bedrohung aus China

Das EU-Parlament hat am 12. März 2019 die EU-Verordnung zur Cybersicherheit gebilligt. Der EU-Ministerrat muss noch förmlich zustimmen. Mit dieser Verordnung wird das erste EU-weite Zertifizierungssystem für die Cybersicherheit eingerichtet, um sicherzustellen, dass zertifizierte Produkte, Verfahren und

Dienstleistungen, die in EU-Ländern verkauft werden, den Cybersicherheitsstandards entsprechen.

Das EU-Parlament nahm ebenfalls eine Entschließung zu „Sicherheitsbedrohungen im Zusammenhang mit der zunehmenden technologischen Präsenz Chinas in der EU und möglichen Maßnahmen zu ihrer Verringerung auf EU-Ebene“ an. Die Abgeordneten äußern sich zutiefst besorgt angesichts der in jüngster Zeit erhobenen Vorwürfe, dass 5G-Geräte, die von chinesischen Unternehmen entwickelt werden, eingebaute Hintertüren enthalten könnten, die es den Herstellern und den Behörden ermöglichen, unbefugt auf private und personenbezogene Daten sowie auf die Telekommunikation in der EU zuzugreifen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190307IPR30694/cybersicherheit-it-bedrohung-aus-china-angehen>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2019-0151+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2019-0156+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Bezahlsender dürfen Verbraucher aus anderen Mitgliedstaaten nicht ausschließen

Die EU-Kommission hat gegen amerikanische Filmstudios ein Kartellverfahren eingeleitet weil sie den britischen Sender Sky UK daran gehindert haben, Verbrauchern in der EU, die nicht in Großbritannien oder in Irland ansässig sind, seine Pay-TV-Dienste zum Abonnement von Filmen über Satellit oder online anzubieten. Auch schrieben diese Klauseln NBCUniversal, Sony Pictures und Warner Bros. vor sicherzustellen, dass andere Sender als Sky UK an der Erbringung von Pay-TV-Diensten in Großbritannien und Irland gehindert werden. Disney, NBCUniversal, Sony Pictures und Warner Bros. haben sich nun verpflichtet, diese Klauseln in den bestehenden Filmlicenzverträgen für Pay-TV-Dienste mit Sendeunternehmen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht anzuwenden. Auch haben sie sich dazu verpflichtet, derartige Klauseln in Filmlicenzverträgen für Pay-TV-Dienste mit Sendern im EWR nicht (wieder) einzuführen. Die EU-Kommission hat die von Disney, NBCUniversal, Sony Pictures, Warner Bros. und Sky angebotenen Verpflichtungen nach den EU-Kartellvorschriften für rechtlich verbindlich erklärt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1590_de.htm

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. EU-Parlament billigt Rechtsakt zur Barrierefreiheit für Produkte und Dienstleistungen

Das EU-Parlament billigte am 13. März 2019 den Entwurf einer Richtlinie für barrierefreie Produkte und Dienstleistungen. Der EU-Ministerrat muss noch förmlich zustimmen. Die Neuregelung bedeutet, dass wichtige Produkte und Dienstleistungen wie Smartphones, Fahrkartenautomaten und Geldautomaten, aber auch Verkehrsdienste und Bankdienstleistungen für Menschen mit Behinderungen leichter zugänglich gemacht werden müssen. Geschützt werden nicht nur Behinderte im engeren Sinn, sondern auch Menschen mit funktionellen Einschränkungen wie ältere Menschen oder schwangere Frauen. Vorhandene Einrichtungen wie etwa öffentliche Toiletten müssen nicht umgebaut werden. Neuanlagen sollten jedoch behindertengerecht sein.

Die EU-Mitgliedstaaten erhalten ab Inkrafttreten der Richtlinie drei Jahre zur Umsetzung der Regelung in nationales Recht. Die Bestimmungen sind sechs Jahre nach Inkrafttreten anzuwenden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20190307IPR30749/more-accessible-products-and-services-for-disabled-and-elderly-people>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2019-0173+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. EU-Kommission überprüft Konzentration auf deutschem Energiemarkt

Die EU-Kommission hat am 7. März 2019 eine vertiefte Überprüfung der geplanten Übernahme von Innogy durch E.ON eingeleitet. Die EU-Kommission hat Bedenken, dass das Vorhaben in mehreren Mitgliedstaaten den Wettbewerb im Strom- und Gaseinzelhandel beeinträchtigen könnte. E.ON und RWE, die Konzernmutter von Innogy, sind deutsche Energieunternehmen, die auf allen Stufen der Strom- und Gasversorgungskette tätig sind.

Die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager erklärte: „Privat- und Geschäftskunden in Europa müssen Strom und Gas zu wettbewerbsfähigen Preisen beziehen können. Unsere vertiefte Prüfung soll gewährleisten, dass die Übernahme von Innogy durch E.ON hierfür hinreichenden Wettbewerb auf dem Markt erhält und keine Preiserhöhungen zur Folge hat.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1593_de.htm

3. Kartellbuße für Zulieferer von Volkswagen und BMW

Die EU-Kommission hat für Verstöße gegen die EU-Kartellvorschriften Geldbußen in Höhe von insgesamt 368 Millionen Euro gegen die Autozulieferer Autoliv und TRW verhängt. Takata (Japan) wurde die Geldbuße erlassen, weil das Unternehmen als Kronzeuge die EU-Kommission von den Kartellen in Kenntnis gesetzt hatte. Die Unternehmen beteiligten sich an zwei Kartellen. Betroffene

Produktmärkte waren die Märkte für Sicherheitsgurte, Luftkissen (Airbags) und Steuerräder zur Belieferung an die Automobilhersteller Volkswagen und BMW. Alle drei Anbieter räumten ihre Kartellbeteiligung ein und stimmten einem Vergleich zu. Die Zentrale von Autoliv ist in Stockholm (Schweden). TRW ist ein amerikanischer Konzern, der inzwischen in die ZF Friedrichshafen AG eingegliedert worden ist.

https://ec.europa.eu/germany/news/20190305-Millionenstrafe-gegen-Autozulieferer_de

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-1512_de.htm

TERMINVORSCHAU

Rat

Rat Landwirtschaft und Fischerei (18. März 2019)

Reformpaket für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 (Aussprache); Bioökonomie-Strategie (Aussprache); Die Minister werden über folgende Punkte informiert werden: Ergebnis des Kongresses "CAP Strategic Plans - Exploring Eco-Climate Schemes" (Leeuwarden, 6.-8. Februar 2019), Beschluss der Technischen Beschwerdekammer des Europäischen Patentamts im Hinblick auf die Möglichkeit, die Ergebnisse der klassischen Pflanzenzucht zu patentieren, Ergebnisse der Workshops, die von der Task Force der Kommission für Wasser und Landwirtschaft organisiert wurden (Sorø, 27. November 2018 und Bukarest, 5./6. Februar 2019).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung – Kraftfahrzeuge“ (18. März 2019)

Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen (Vorbereitung des zweiten Trilogs am 25. März 2019).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (18. und 20. März 2019)

Richtlinie zur Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften (Vorbereitung des Trilogs); Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen (Informationen des Vorsitzes über das Ergebnis des Trilogs, Vorbereitung des Trilogs).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (20. März 2019)

Crowdfunding.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (22. März 2019)

Rechte der Eisenbahnpassagiere.

Europäischer Rat (22./23. März 2019)

Vorbereitung der nächsten Strategischen Agenda über die künftige Entwicklung des Binnenmarktes, der Kapitalmarktunion, der Industriepolitik und der europäischen Digitalpolitik, Klimawandel: Vorgaben zur allgemeinen Richtung und zu den politischen Prioritäten, damit die EU bis 2020 eine langfristige Strategie im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris vorlegen kann; Schutz der demokratischen Integrität der europäischen und nationalen Wahlen in der EU (Aussprache). Die Staats- und Regierungschefs der EU27 treffen sich, um die neuesten Entwicklungen in Bezug auf den Brexit zu erörtern.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (25. März 2019)

Bewertung von Gesundheitstechnologien; Durchsetzung des Wettbewerbs im pharmazeutischen Sektor 2009-2017.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (18. März 2019)

Aussprache über die laufende Bearbeitung der Legislativvorschläge für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2021–2027.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (18. März 2019)

Studie zum Thema „Wie kann die Sektorkopplung in der EU zwecks Förderung von Netzstabilität und Dekarbonisierung verbessert werden?“ – Präsentation von Koen Rademaekers, Trinomics BV; Energieverbrauchskennzeichnung – Vorstellung eines Pakets delegierter Rechtsakte für fünf vorrangige Produktgruppen durch die Kommission; Gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt (-Abstimmung über die im Verlauf der interinstitutionellen Verhandlungen erzielte vorläufige Einigung).

Plenum (25. bis 28. März 2019)

Beendigung der Zeitumstellung; Binnenmarkt für Elektrizität; Sammelklagen im Verbraucherschutz; Kennzeichnung von Reifen hinsichtlich Energieeffizienz und andere wesentliche Parameter; Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt; Verträge über die Lieferung digitaler Inhalte; Verträge über Online- und andere Fernverkäufe von Waren; Benchmarks für geringen Kohlenstoff; Emissionsstandards für neue PKW und neue Lieferwagen; Verringerung der Auswirkungen von bestimmten Plastikerzeugnissen auf die Umwelt; Qualität von Trinkwasser für den menschlichen Gebrauch;; Urheberrecht bei Online-Fernsehen und Online-Rundfunk; Rahmenwerk für nachhaltiges Investment.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (20./21. März 2019)

Eine widerstandsfähige Demokratie durch eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft (Initiativstellungnahme); Digitale Gesundheitskompetenz (Initiativstellungnahme); Für einen umfassenderen EU-Rahmen für endokrine Disruptoren; Harmonisierte Normen: Verbesserte Transparenz und Rechtssicherheit für einen uneingeschränkt funktionierenden Binnenmarkt; Aktionsplan gegen Desinformation.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-681/17 (27. März 2019)

Widerrufsrecht beim Online-Matratzenkauf?

Schlussanträge in der Rechtssache C-143/18 (28. März 2019)

Widerrufsrecht bei im Fernabsatz aufgenommenen Immobiliendarlehen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)